



HESSISCHER LANDTAG

07. 12. 2020

Plenum

Entschließungsantrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Hohe Bedeutung von Wissenschaft und faktenbasierter Politik in Zeiten der Corona-Pandemie

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Meinungsfreiheit und die Freiheit der Wissenschaft sind Grundpfeiler unseres demokratischen Gemeinwesens und einer fortschrittlichen Gesellschaft. Sie schützen nicht nur vor Willkür und Diktatur, sondern sind auch eine wichtige Triebkraft für Innovationen und die Lösungen großer gesellschaftlicher Herausforderungen. Die aktuelle Corona-Pandemie verdeutlicht mehr denn je, von welcher elementaren Bedeutung wissenschaftliche Forschung und Innovation sind – nicht nur bei der Entwicklung wirksamer Behandlungsmethoden, von Impfstoffen und Medikamenten. Wissenschaftliche Erkenntnisse zu sozialen Auswirkungen, dem Pandemiegeschehen bei Kindern bis hin zur Medizintechnik und digitaler Unterstützung bei der Bekämpfung der Pandemie bilden eine wichtige Grundlage faktenbasierter politischer Entscheidungen, die die gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie begrenzen sollen.
2. Der Landtag betont, dass die aktuelle Corona-Krise mehr denn je auch die Notwendigkeit aufzeigt, die Grundlagen von Wissenschaft und konkrete wissenschaftliche Erkenntnisse öffentlichkeitswirksam und verständlich zu erklären. Weil der Akzeptanz von Infektionsschutzmaßnahmen und dem individuellen Verhalten bei der Eindämmung der Pandemie eine entscheidende Bedeutung zukommt, muss der Breite der Gesellschaft vermittelt werden, wie die Ausbreitung des Virus und wie Wissenschaft im Allgemeinen funktioniert: dass dauerhaft und absolut gültige Vorhersagen schwer möglich sind, dass sich Theorien und Annahmen als falsch erweisen können, sie widersprüchlich sein können und dass wissenschaftliche Erkenntnisse einer fortlaufenden, kritischen Überprüfung unterzogen werden. Dabei steht Wissenschaft vor der Herausforderung, komplizierte Sachverhalte verständlich darzustellen. In Folge werden auch politische Entscheidungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie fortlaufend überprüft und ggf. neuen Erkenntnissen angepasst.
3. Der Landtag stellt fest, dass die aktuelle Radikalisierung der Protestbewegungen gegen Infektionsschutzmaßnahmen auf schmerzliche Weise verdeutlicht, dass sich eine kleine, aber wirkmächtige Randgruppe unserer Gesellschaft zusehends vom Boden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung entfernt und sich wissenschaftlichen Erkenntnissen strikt verweigert bis hin zur Leugnung des Virus. Sie überlagert damit auch die in einer Demokratie berechnete und zu begrüßende Debatte mündiger Bürgerinnen und Bürger, die sich aufgrund der Infektionsschutzmaßnahmen Sorgen um ihre wirtschaftliche Situation machen und Freiheitseinschränkungen kritisch hinterfragen. Es ist die gemeinsame Aufgabe aller Demokratinnen und Demokraten zusammen mit der wissenschaftlichen Gemeinschaft, gezielt verbreitete Falschmeldungen und Verschwörungstheorien zu entlarven und diesen mit gesicherten Fakten entgegenzutreten.
4. Aus diesem Grund begrüßt der Landtag, dass sich derzeit immer mehr Virologinnen und Virologen, Epidemiologinnen und Epidemiologen, Klinikerinnen und Kliniker und Psychologinnen und Psychologen im Bereich der Wissenschaftskommunikation einbringen und die aktuellen und immer neuen Forschungsergebnisse im Rahmen von Podcasts, Zeitungsinterviews und in den sozialen Medien niedrigschwellig und für ein breites Publikum erklären und einordnen. Damit leisten sie einen wertvollen Beitrag dazu, oft emotional geführte Debatten zu sachlichen und Verschwörungstheorien mit Fakten entgegenzutreten. Dass sich diese Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aufgrund ihres Engagements vermehrt Beleidigungen, Anfeindungen und Drohungen ausgesetzt sehen, verurteilt der Landtag aufs Schärfste.

5. Der Landtag stellt fest, dass Hessens medizinische Forschungseinrichtungen über eine besondere Kompetenz in der Erforschung von Covid-19 verfügen und mit zahlreichen wissenschaftlichen Arbeitsgruppen an der Erforschung des Virus und der Krankheit beteiligt sind. Hierbei stehen das grundsätzliche Verständnis zur Biologie des Virus, die Erprobung und (Weiter-)Entwicklung von Diagnostik, präventiven und kurativen Behandlungsverfahren und eines Impfschutzes im Mittelpunkt. Durch versorgungsbegleitende Grundlagenforschung und anwendungsbezogene Untersuchungen und Studien tragen sie auch zur Behandlung erkrankter Patientinnen und Patienten und zum vorbeugenden Gesundheitsschutz für die Bevölkerung bei.
6. Der Landtag befürwortet, dass die Forschungsaktivitäten an den drei hessischen hochschulmedizinischen Standorten Gießen, Marburg und Frankfurt im Rahmen einer hochschulübergreifenden Koordinierung in einem „Pandemienetzwerk hessische Universitätsmedizin“ gebündelt werden. Diesem Netzwerk stellt das Land zur Beseitigung der Folgen der Pandemie insgesamt 4,35 Millionen Euro zur Verfügung. Auch wenn wir alle schnelle Ergebnisse im Kampf gegen Corona erhoffen und es auch immer wieder Fortschritte gibt: Wissenschaft braucht einen langen Atem. Der Förderzeitraum erstreckt sich deshalb bis 2022; für 2020 und 2021 stehen jeweils zwei Millionen, für 2022 rund 350.000 Euro zur Verfügung. Mit einer zentralen Abstimmung untereinander und unter Berücksichtigung der national und international erzielten Erkenntnisse kann die Forschung einen wichtigen Beitrag zur Pandemiebekämpfung leisten. Zu diesem Zweck wird eine Steuerungsgruppe gebildet, in der die Leitungen der Institute für Virologie an der Universität Marburg (Prof. Dr. Becker), der Universität Frankfurt (Professorin Dr. Ciesek) und der Universität Gießen (Professor Dr. Ziebuhr) vertreten sind. In seiner Funktion als Leiter des Planungsstabes „COVID-19 Stationäre Versorgung“ der hessischen Landesregierung wird Professor Dr. Graf (Ärztlicher Direktor und Vorstandsvorsitzender, Universitätsklinikum Frankfurt) beratend beteiligt.
7. Der Landtag begrüßt zudem, dass die Landesregierung die TU Darmstadt, die Goethe-Universität Frankfurt, die Justus-Liebig-Universität Gießen und die Philipps-Universität Marburg über den Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) mit insgesamt bis zu drei Millionen Euro an Fördermitteln für Infrastruktur zur Erforschung des Corona-Virus unterstützt, um dem durch die Pandemie zusätzlichen Forschungs- und Investitionsbedarf zu begegnen. Mit diesen Mitteln können zum Beispiel Geräte für Laboranlagen finanziert werden, die einen wichtigen Beitrag dazu leisten können, neue Erkenntnisse über das Virus und die Krankheit zu erlangen und somit die Pandemie wirksamer zu bekämpfen.
8. Der Landtag erkennt an, dass auch das hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst mit zahlreichen Maßnahmen wie der Kampagne „Hessen schafft Wissen“, ihrem Podcast unter anderem zu Corona-Themen, mit dem Social-Media-Format „Corona-Expertise made in Hessen“ oder der Veranstaltungsreihe „Stunde der Wahrheit“ dazu beiträgt, den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft zu fördern, das Vertrauen in die Wissenschaft zu stärken und den Beitrag hessischer Forschungseinrichtungen und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bei der Erforschung des Corona-Virus und der dadurch verursachten Krankheit Covid-19 aufzuzeigen.

Begründung:

Das Institut für Virologie in Marburg unter Leitung von Prof. Becker hat in den vergangenen Jahren bei sämtlichen Ausbrüchen neuartiger Viren, wie der Vogelgrippe oder dem MERS-Virus, wesentlich zur Entwicklung von Impfstoffen beigetragen. Auch das Institut für medizinische Virologie unter Leitung von Prof. Ziebuhr hat viel Erfahrung in der Entwicklung von Strategien zur Prophylaxe und Therapie der von Corona- und anderen Nidoviren verursachten Infektionen. Die Universitäten Gießen und Marburg sind gemeinsam mit der Technischen Hochschule Mittelhessen und dem Paul-Ehrlich-Institut in Langen ein Standort des Deutschen Zentrums für Infektionsforschung. In Gießen hat auch das Deutsche Zentrum für Lungenforschung seinen Hauptsitz und ist mit dem Standortverbund „Universities of Giessen and Marburg Lung Center“ an zahlreichen Forschungsprojekten zu Covid-19 und seiner Behandlung beteiligt.

Am Universitätsklinikum Frankfurt konnte das von Prof. Ciesek geleitete Institut für Medizinische Virologie schon im Februar 2020 nachweisen, dass auch symptomfreie Personen das Virus übertragen können. Seit September 2020 erklärt Prof. Ciesek zudem abwechselnd mit Christian Drosten von der Berliner Charité im NDR-Podcast „Coronavirus-Update“ wissenschaftliche Erkenntnisse zur Covid-19-Pandemie.

Wiesbaden, 7. Dezember 2020

Für die Fraktion
der CDU
Die Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)